

Fonds Finanz News im Februar 2026

Ende des E-Auto-Preisvorteils in der Vollkaskoversicherung

Wer in den vergangenen Jahren ein Elektroauto mit Vollkaskoschutz versichern ließ, konnte davon ausgehen, dass die Prämie niedriger liegen würde als bei einem typgleichen Verbrenner. Die Versicherer verfügten anfangs kaum über Erfahrungen mit dem Schadensaufkommen bei Stromern und wollten sich in diesem jungen, stark wachsenden Marktsegment mit attraktiven Prämien eine gute Positionierung sichern.

Die Schadensbilanzen offenbaren nun jedoch immer klarer, dass die Ungleichbehandlung kalkulatorisch nicht gerechtfertigt ist: Zwar kommt es bei E-Autos seltener zu Schäden, doch diese fallen dann im Durchschnitt deutlich höher aus. In der Folge sind die Beiträge für E-Auto-Halter gemäß der Auswertung eines großen Vergleichsportals mittlerweile auf das Niveau der Verbrenner-Pendants gestiegen – und bei knapp der Hälfte aller verglichenen Vollkaskotarife sogar darüber hinaus. Demgegenüber ist nur noch rund ein Drittel der Stromertarife günstiger. Beim restlichen Fünftel gibt es keinen Preisunterschied zwischen E- und Verbrennervariante.

Gold und Silber knacken „magische“ Marken

Die Kursentwicklung an den Edelmetallmärkten hat in den vergangenen Monaten die kühnsten Fantasien übertroffen. Letzte Woche übersprang der Goldpreis erstmals die Marke von 5.000 US-Dollar, nachdem er ein Jahr zuvor noch unter 2.800 gelegen hatte – ein Plus von über 80 Prozent also. Und noch nicht das Ende der Fahnenstange, denn die Rallye setzte sich gleich bis auf mehr als 5.500 Dollar fort. Damit stehen allein im Januar Kursgewinne von rund 25 Prozent zu Buche.

Noch staunender verfolgen Silberanleger die Entwicklung ihrer Portfolios. Bis in den Mai 2025 hinein dümpelte der Kurs um die 30-Dollar-Marke. Seither hat er sich knapp vervierfacht und ist folglich in den dreistelligen Bereich vorgestoßen. Um mehr als 50 Prozent legte er seit Jahresanfang zu.

Einige Analysten sehen insbesondere bei Gold noch weitere Luft nach oben und halten 7.000 Dollar und mehr pro Feinunze für möglich. Zugleich gibt es warnende Stimmen, die vor Rücksetzern warnen und den spekulativen Charakter einer Edelmetallinvestition hervorheben.

Eigenbeteiligung für stationäre Pflege steigt auf 3.245 Euro

Nach Angaben des Verbands der Ersatzkassen (vdek) verteuert sich die stationäre Pflege in Deutschland weiterhin mit einem Vielfachen der allgemeinen Inflationsrate. Konkret: um 9 Prozent auf Jahressicht. Dadurch müssen die Pflegebedürftigen aktuell im ersten Aufenthaltsjahr durchschnittlich 3.245 Euro aus eigener Tasche zuzahlen, im Januar 2025 waren es noch 2.984 Euro.

Die Eigenbeteiligungen fallen indes von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich aus. Am geringsten sind sie in Sachsen-Anhalt mit 2.720 Euro, aber auch in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern (beide 2.903 Euro) bleiben sie weit unter dem Schnitt. Am tiefsten müssen Bremer Pflegebedürftige in die Tasche greifen, hier kostet ein Pflegeplatz im ersten Jahr monatlich 3.637 Euro.

Die neuen Zahlen erhöhen nochmals den Druck auf die Bundesregierung, die Pflegeversicherung strukturell zu reformieren. Doch selbst wenn es einen großen Wurf geben sollte – um merkliche Eigenbeteiligungen dürften die Pflegebedürftigen auch in Zukunft nicht herumkommen. Die Bundesbürger tun deshalb gut daran, sich mit einer privaten Pflegeversicherung für die „Kostenfalle Pflege“ zu wappnen.

OIF-Anleger nach Rückgabestopp verunsichert

Fallende Immobilienpreise, starke Mittelabflüsse, bescheidenes Neugeschäft: Die letzten Jahre waren für die deutschen offenen Immobilienfonds (OIFs) nicht einfach. Seit August 2023 zogen die Anleger unterm Strich 13,4 Milliarden Euro aus den Fonds ab, allein im vergangenen November knapp 600 Millionen. Über die erforderliche Liquidität zur kurzfristigen Rücknahme der Anteile verfügen offenbar nicht alle OIFs – Mitte Januar verkündete das Management des „WohnSelect D“, dass die rückgabewilligen Investoren sich noch gedulden müssen. Mit der Aussetzung sollen Notverkäufe von Bestandsobjekten vermieden werden, um diese nicht unter dem eigentlichen Wert zu veräußern.

Zwar gehört der „WohnSelect D“ nicht zu den Schwergewichten der Branche, dennoch sorgte der Rückgabestopp für Verunsicherung unter Anlegern. Die Ratingagentur Scope gibt jedoch nach einer Befragung von OIF-Managern vorsichtig Entwarnung: Die meisten Fonds sähen sich gut aufgestellt, bei einigen habe sich die Lage zuletzt verbessert. Auch die Renditen, im letzten Jahr im Negativbereich, zögen wieder an.

Welche Städte am stärksten unter dem Klimawandel leiden werden

IW Consult, ein Tochterunternehmen des Instituts der deutschen Wirtschaft, hat zusammen mit der „WirtschaftsWoche“ und weiteren Partnern den „Klimaindex 2050“ vorgestellt. In der Studie werden die Folgen des Klimawandels für die 71 kreisfreien deutschen Großstädte prognostiziert. Zehn Risiken stehen dabei im Fokus: Hitzestress, Hitzewellen, Wasserknappheit, Dürrestress, Starkregen, Überschwemmungen, Sturmfluten, Sturm, Tornado und Hagel.

Die stärksten Auswirkungen erwarten die Analysten in Bremerhaven, das auf einen Klimaindexwert von 5,03 kommt. Vor allem das hohe Risiko von Sturmfluten ist dafür ausschlaggebend. Wie alle anderen Metropolen muss sich die Küstenstadt zudem auf häufigere und heftigere Stürme einstellen. Im Gefährdungsranking folgen Mannheim (4,71), Ludwigshafen am Rhein (4,69), Bremen (4,51) und Heidelberg (4,49), in denen Stürme und

Überschwemmungen die Hauptrisiken darstellen. Die geringste Gefährdung sehen die Studienautoren in Remscheid (3,14), Bielefeld (3,19) und Salzgitter (3,24).

Frauen an die Kapitalmärkte

Während die Deutschen schon in der Gesamtheit traditionell börsenscheu sind und damit viel potenzielle Rendite liegen lassen, gilt das erst recht für die Bundesbürgerinnen. Sie engagieren sich deutlich seltener als Männer an den Kapitalmärkten, worin einer der Gründe für ihr höheres Altersarmutsrisiko besteht.

Jüngste Zahlen des Deutschen Aktieninstituts machen jedoch Hoffnung: 2025 waren demnach 24 Prozent mehr Frauen in Aktien (inklusive Fonds und ETFs) investiert als im Vorjahr; bei den Männern betrug der Zuwachs 12 Prozent. Damit sind nunmehr rund 5,4 Millionen Frauen im Besitz von Aktien – die Lücke zu den aktuell 8,7 Millionen männlichen Aktienanlegern hat sich ein wenig geschlossen, nachdem sie sich 2024 noch vergrößert hatte.

Für einen kontinuierlichen Anstieg der Aktionärszahlen sorgen insbesondere jüngere Menschen. Von den unter 40-Jährigen investiert mittlerweile jeder zweite regelmäßig in ETFs oder aktive Aktienfonds. „Der gesellschaftliche Rückenwind für die Aktie ist so stark wie nie“, freut sich Henriette Peucker, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstituts. „Die Menschen in Deutschland haben erkannt, dass für gute Langfristerträge kein Weg an der Aktie vorbeiführt.“

Vorsicht vor unseriösen Online-Kfz-Sachverständigen!

Für die Regulierung vieler Versicherungsschäden am Auto muss ein Sachverständigengutachten eingeholt werden. Sehr bequem erscheint es da, diese Obliegenheit in wenigen Minuten online erledigen zu können. Genau das versprechen manche Anbieter: Der Kunde müsse nur Fotos hochladen und einige Angaben machen, den Rest erledige das Gutachtenbüro – ohne Vor-Ort-Termin. Wörtlich: „Wir schicken Ihr Kfz-Gutachten direkt an die Versicherung. Durch die schnelle und unkomplizierte Abwicklung mit der Versicherung erhalten Sie die Auszahlung schneller.“

So einfach geht es jedoch nicht, wie das Landgericht Bremen kürzlich in einem (noch nicht rechtskräftigen) Urteil feststellte. Damit ein Kfz-Gutachten rechtlich Bestand hat, muss es auf Grundlage einer persönlichen Inaugenscheinnahme durch den Sachverständigen erstellt werden. Anderenfalls können und werden die Versicherer es ablehnen. Zudem ist das Versprechen, die Abwicklung zu übernehmen und für eine schnelle Auszahlung zu sorgen, unzulässig, da dies eine Rechtsdienstleistung darstellen würde.

Deutsche bleiben gegenüber Kryptos zurückhaltend

Was Kryptowährungen sind, ist laut einer aktuellen Umfrage des Beratungsunternehmens BearingPoint mittlerweile neun von zehn Bundesbürgern bekannt. Doch nur ein gutes Viertel der

rund 2.000 Teilnehmer hält Kryptos für eine geeignete Geldanlage, lediglich 18 Prozent besitzen selbst Coins. Zum Vergleich: Aktien finden 68 Prozent anlagetauglich, Gold 72 Prozent.

Die Zurückhaltung gegenüber Bitcoin, Ethereum & Co. liegt vor allem in deren Wertschwankungen begründet, die auf 51 Prozent der Befragten abschreckend wirken. 41 Prozent hält die schwache Regulierung des Marktes von einem Kryptoengagement ab, während ebenso viele die Aufbewahrung von Kryptowerten als zu unsicher erachten.

Der Bitcoin-Kurs schwächelte zuletzt zwar, doch Fantasie findet sich unter Kryptoexperten nach wie vor. Die US-Investmentbank JP Morgan hält in den nächsten Monaten eine kräftige Hausse für wahrscheinlich, ihre Wettbewerberin Goldman Sachs erwartet in diesem Jahr gar einen Kurs von 160.000 US-Dollar. Das wäre gegenüber dem Januar ein Plus von fast 80 Prozent. Wo es so viele Chancen gibt, lauern allerdings auch beträchtliche Risiken, wie jedem Anleger klar sein sollte.